

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion

im Rat der Stadt Leverkusen

Postfach 220186 51322 Leverkusen info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 29.3.21

Schützt unsere Baudenkmäler!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte lassen Sie folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Stadtrates behandeln:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Leverkusen appelliert an die Mitglieder des Landtags, der vom zuständigen Ministerium für Heimat, Kommunales und Bauen aktuell vorgeschlagen Änderung des Denkmalschutzes nicht zuzustimmen.

Begründung:

Denkmäler sind positive Standortfaktoren: Sie prägen das Bild unserer Städte und geben uns Lebensqualität. Sie sind Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte. Sie stehen für Dauer, Bindung, Identität und Heimat.

Seit März liegt den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) ein Entwurf zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSchG NW) vor. Der Absender ist das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW. Bis zum 9. April haben die Landschaftsverbände Gelegenheit, sich zu dem Entwurf zu äußern.

Was hat das mit der Kommunalpolitik zu tun?

Die geplante Änderung des Gesetzes würde die Stellung der Denkmalfachämter für

Baudenkmalpflege schwächen, sodass das vorhandene Wissen gar nicht mehr abgerufen wird: Die Fachleute der Denkmalämter für die Baudenkmalpflege sollen beispielsweise zukünftig nur noch angehört, aber im Entscheidungsprozess nicht weiter beteiligt werden, selbst wenn ein Denkmal abgebrochen oder stark verändert werden soll.

Ein Sachverhalt, der jeden auf den Plan rufen sollten, der unsere Kultur bewahren will. Denn ein Gesetz zum Schutz von Denkmälern, das genau die Instanz schwächt, die die höchste fachliche Kompetenz hat, hätte sein Ziel mehr verfehlt.

Und das alles nur, um die wirtschaftliche Nutzbarkeit von Baudenkmälern zu verbessern. Denkmäler sollten aber nicht in erster Linie als kommerzielle Bauten betrachtet werden, sondern aufgrund ihres kultur- und identitätspolitischen Wertes geschützt werde.. Sollte die Änderung des Gesetzes durchgehen, so können beispielsweise zukünftig Photovoltaikanlagen auf Denkmälern platziert werden oder Denkmäler wesensuntypische Nutzung erfahren. Das gilt es durch den frühzeitigen Aufbau von öffentlichem Druck zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Yannick Noe

Fraktionsvorsitzender